

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 300 Mark, unter Kreuzband 400 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Neukölln
 Redaktion und Expedition: Berlin O 27, Schillerstraße 6
 Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Insertionspreis
 Für Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Nonpareillezeile 100 Mark,
 Gratifikationen die Zeile 50 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 40 Mark.

Unsere Beiträge.

Zur schnelleren Orientierung für diejenigen, die keine Zeit zum Umrechnen haben, geben wir nachfolgend die erweiterte Lohn- und Beitragstabelle, wobei wir voraussetzen, daß niedrigere Beiträge als die hier angeführten überhaupt nicht mehr in Frage kommen.

Der Wochenbeitrag beträgt bei einem
 Wocheneinkommen

über 2 000 Mk. bis	2 500 Mk.	40 Mk.
2 500	3 000	48
3 000	3 500	56
3 500	4 000	64
4 000	4 500	72
4 500	5 000	80
5 000	5 500	88
5 500	6 000	96
6 000	6 500	104
6 500	7 000	112
7 000	7 500	120
7 500	8 000	128
8 000	8 500	136
8 500	9 000	144
9 000	9 500	152
9 500	10 000	160
10 000	10 500	168
10 500	11 000	176
11 000	11 500	184
11 500	12 000	192
12 000	12 500	200
12 500	13 000	208
13 000	13 500	216
13 500	14 000	224
14 000	14 500	232
14 500	15 000	240

Für jede weiteren 500 Mk. Wocheneinkommen erhöht sich der Wochenbeitrag um 8 Mk. Uebersteigt das Wocheneinkommen jeweils die Spanne von 500 Mk. um 200 Mk., so ist der nächsthöhere Beitragsfuß zu entrichten.

Es muß hierbei aber auch schon gesagt werden, daß der Zweck der Veröffentlichung der Sätze der ist, daß die Beiträge richtig gezahlt werden, nicht, wie es einige wenige Zahlstellen zu tun beliebten, die mit ihren Beiträgen weit hinter dem Lohn Einkommen bleiben. Wenn man übrigens zeitig genug die Wahrscheinlichkeit in den nächsten Wochen in Frage kommenden Marken bestellt und bei Herausgabe der Marken an die Vertrauensmänner ein wenig für die Zukunft kalkuliert, dann könnten die höheren Beiträge in der Regel sofort nach Eintritt des höheren Lohnes gezahlt werden. Vor allen Dingen dann, wenn die Mitglieder für sich das Recht in Anspruch nehmen, das ihnen niemand verwehren kann und wird, auch einmal oder überhaupt in eine höhere Stufe zu zahlen, als ihrem Lohn entspricht. Dafür sichert er sich auch höhere Unterstützung im Gebrauchsfalle, was seinen Interessen jedenfalls dienlicher ist, als wenn er es umgekehrt macht. Und der Gebrauchsfall tritt manchmal recht unverhofft ein.

Antikriegsbeiträge sind Pflichtbeiträge.

In Nr. 48/1922 der „Verbandszeitung“ wurde der Aufruf des ADB., die Erhebung eines einmaligen Extrabeitrages zwecks Abwehrfonds gegen neue Kriege veröffentlicht. Einige Ortsvereine haben die ihnen zugesandten Extramarken zu 3 und 5 Mk. wieder zurückgeschickt mit dem Bemerkten, daß sie diese Beiträge nicht leisten.

Demgegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Extrabeiträge, 5 Mk. für männliche und 3 Mk. für weibliche Mitglieder, Pflichtbeiträge im Sinne des § 37 Ziffer 2 des Statuts sind und von allen Mitgliedern zu leisten sind; sie sind von der Hauptkasse verausgabt worden. Den menschlich guten Zweck dieser Umlage werden die Mitglieder begreifen und können daran auch nicht bestimmte Forderungen geknüpft werden.
 Der Verbandsvorstand.

Alkohol und Abstinenz.

III.

Die Ernährungsfrage.

Bei der Agitation gegen den Alkohol und dem Verlangen der Abstinenten auf Stilllegung der Gärungsgewerbe spielt, besonders jetzt, die Knappheit an Lebensmitteln eine Rolle: Den alkohol erzeugenden Industrien sollen keine Nahrungsmittel zur Alkoholproduktion überlassen werden, den Brauereien keine Gerste, den Brennereien keine Kartoffeln, weil dadurch die Lebensmittelknappheit noch größer wird. Dahin zielt auch der Antrag Sachsens an den Reichsrat, soweit den Brauereien die Verwendung von inländischem Brotgetreide und inländischer Gerste zur Bierbereitung und die Verwendung jeglichen Getreides zur Herstellung von Starkbier untersagt werden soll.

Sieht man von der Frage ab, wie weit durch den Verbrauch von Nahrungsmitteln zum Zwecke der Alkoholerzeugung nicht andere Nahrungsmittel direkt und auf Umwegen erzeugt werden, die die verbrauchten Nahrungsmittel ersetzen bzw. den Nahrungsmittelbestand ergänzen, so muß zunächst einmal gefragt werden, ob die Nahrungsmittelknappheit nicht zum größten Teil oder überhaupt künstlich erzeugt ist und wird.

Fest steht, daß der endgültige Ernteertrag an Brotgetreide in der Regel ganz erheblich größer ist als die Erntevorschätzung, besonders seit der Zeit der Zwangswirtschaft mit Brotrationierung, mehr wohl noch in der Zeit des Umlagegetreides. Bezüglich der Voreinschätzung für August 1922 weist das Statistische Landesamt für Preußen darauf hin, daß die Ermittlung der Ernte „im laufenden Jahre mit großen Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen hatte, weil sich in vielen landwirtschaftlichen Kreisen die unbegründete Meinung festgesetzt hatte, die Erhebung werde zur Veranlagung bei der Getreideumlage oder zu Steuerzwecken benutzt“.

Im „Hamburger Echo“ schreibt ein landwirtschaftlicher Sachverständiger, daß die landwirtschaftliche Statistik nicht stimmt. Es sei eine gröbliche Irreführung der Öffentlichkeit, daß die Ernten 40 Proz. unter den Friedensstand gesunken seien; die Heftarerträge seien in Wahrheit größer als vor dem Kriege. Seit Jahren wird mit Erntezahlen gearbeitet, über deren Unrichtigkeit kein Zweifel bestehen kann. Heute wird das Ziel verfolgt, eine gar nicht vorhandene Lebensmittelknappheit auf dem Papier zahlenmäßig zu konstruieren und so die psychologischen und materiellen Voraussetzungen für eine dauernde Hochtreibung der Preise zu schaffen. So der landwirtschaftliche Sachverständige. Er erklärt, daß die Brotgetreideernte des Jahres 1922 voraussichtlich mindestens 14 bis 17 Millionen Tonnen betragen werde. Daß sie unter 14 Millionen Tonnen bleibt, ist herle schon ausgeschlossen; höchstwahrscheinlich ist aber, daß sie 17 Millionen Tonnen übersteigt. Er verlangt staatliche Erfassung des Brotgetreides und Sicherstellung von 7 Millionen Tonnen zur Ernährung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, also weit mehr als die gegenwärtige Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen, die die Landwirtschaft zu liefern sich auch noch sträubt. Wenn Getreide vom Ausland eingeführt werden müsse, dann sollte es Mais sein zur Verfütterung an Stelle des inländischen Roggens, der weit mehr Nährwert habe und auch erheblich billiger sei als ausländisches Brotgetreide. Wird durch Verfütterung von zur Ernährung notwendigen Inlandsgetreides eine Einfuhr von 2 Millionen Tonnen Weizen nötig — berechnet der landwirtschaftliche Sachverständige nach den Markpreisen 1922 in New York —, so kosten diese der deutschen Volkswirtschaft 460 Millionen Goldmark, während die den gleichen Zweck erfüllenden 1,6 Millionen Tonnen Mais nur 200 Millionen Goldmark kosten.

Also eine Brotgetreideknappheit ist nicht vorhanden, wenn man die vorhandene Menge nur erfasst und, wie der landwirtschaftliche Sachverständige sagt, die unzweckmäßige Verfütterung und Verschwendung des Brotgetreides verhindert.

Die Kartoffelernte ist in diesem Jahre außerordentlich gut. Auch hier gab die Ernteschätzung

nur 34 Millionen Tonnen an. Im Reichswirtschaftsrat, in der Sitzung im November wurde festgestellt, daß der Ernteertrag mindestens 39 Millionen Tonnen betrage; Gothein schätzte den Kartoffelertrag 1922 auf 55 Millionen Tonnen und die letzte Ziffer dürfte der Wirklichkeit wohl am nächsten kommen. Wenn von dieser Menge etwa 2,7 Millionen Doppelzentner oder 270 000 Tonnen zur Spiritusbereitung verwendet werden, etwa 1/3 Proz., dann kann das die Volksernährung nicht beeinträchtigen; zudem haben wir noch große Mengen Kartoffeln aus Polen bekommen. Anders allerdings kann es werden, wenn die Kartoffelschieberei engros wieder einsetzt. Vor kurzem berichtete die Tagespresse, daß beispielsweise in Finnland deutsche Kartoffeln jeden Quantums angeboten werden.

Man braucht also nur das vorhandene Brotgetreide staatlich zu erfassen, die Verschiebung von Brotgetreide und Kartoffeln zu verhindern, dann haben wir an diesen Lebensmitteln nicht Mangel. Wenn man das aber nicht vermag, soll dann deshalb die Gärungsindustrie gehehrt werden?!

Wenn dem aber auch nicht so wäre, wenn wir nicht genügend Brotgetreide und Kartoffeln im Lande hätten und allein aus diesem Grunde bestimmte Mengen zukaufen müßten, ist das nicht volkswirtschaftlich richtiger als ganze Industrien zugrunde zu richten?!. Darüber wird noch zu reden sein.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der katastrophale Zusammenbruch des deutschen Geldes ließ befürchten, daß durch Erschwerung der Rohstoffzufuhr und Erlahmen der inneren Kaufkraft in Deutschland sehr schnell eine krisenhafte Arbeitslosigkeit eintreten werde. Diese Krise droht bereits seit Monaten, ist bisher jedoch noch nicht zum Ausbruch gekommen. Die nunmehr für Ende Oktober vorliegenden Zahlen lassen wohl ein erhebliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit erkennen, aber sie bieten noch nicht das Bild einer Krise. Nach der Zählung der Gewerkschaften waren Ende Oktober von rund 6 1/2 Millionen Mitgliedern, über die berichtet wurde, 89 309 arbeitslos (51 242 Männer und 38 067 Frauen). Es waren also 1,4 Proz. der Gesamtzahl der Mitglieder (1,1 Proz. der männlichen und 2,4 Proz. der weiblichen Mitglieder) arbeitslos. Mai/Juni hatten mit 0,6 Proz. arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder den niedrigsten Stand, bis Oktober beträgt die Steigerung 0,7, 0,8 und 1,4 Prozent. Trotz der erheblichen Verschlechterung bleibt der Oktober mit 1,4 Proz. noch unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit (2,2 Proz.). Die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten hat gleichfalls nicht den zu erwartenden Umfang angenommen: Es wurden unterstützt im ganzen Reichsgebiet: am 1. Juli 1914 11 700, am 1. August 15 139, am 1. September 11 700, am 1. Oktober 16 306 und am 1. November 23 922, wobei vom 1. Oktober an auch die Zahl der unterstützten teilweise Erwerbslosen (Kurzarbeiter) einbegriffen ist. Die Zahl ist aber durch eine Reihe von Umständen künstlich niedergehalten worden, und vor allem hat die Geringfügigkeit der Unterstützung, die bis zur dritten Novemberwoche für den verheirateten Arbeitslosen in der höchsten Ortsklasse nur täglich 28 Mk. für sich, 13 Mk. für die Frau und 11,25 Mk. für das Kind betrug, keinen Anreiz, die mit dem Unterstützungsbezug verbundenen umständlichen Kontrollen auf sich zu nehmen. Es ist sicher, daß die mit dem 20. November eingetretene Verfünfachung der Sätze die Zahl der unterstützten Arbeitslosen hat inzwischen stark ansteigen lassen. Nach den Meldungen der Krankenkassen ist ein leichter Rückgang der Zahl der Versicherungspflichtigen im Laufe des Oktober zu beobachten. Nach Abzug der Kranken und Erwerbslosen sank die Zahl der Versicherten von 12 297 000 am 1. Oktober auf 12 202 000 am 1. November, das ist ein Rückgang von rund 95 000.

Der Rückgang der Beschäftigung ist also unverkennbar. Wenn die Arbeitslosigkeit auch nicht krisenformen angenommen hat, so muß doch beachtet werden, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit weit größer ist, als sich aus der verhältnismäßig geringen Zahl der Unterstützten erkennen läßt.

In der Verschlechterung sind alle Industrien beteiligt, einige nur gering, andere hingegen sehr stark. Die Industrie der Steine und Erden, die Metallindustrie, das Holzgewerbe und das Transportgewerbe bleiben noch immer unter 1 Proz. arbeitslos. Die Textilindustrie stieg von 0,6 auf 1,2 Proz., die Lederindustrie von 1,2 auf 1,7. Das Baugewerbe zeigte mit einem Anstieg von 0,9 auf 1,5 eine beachtliche Festigkeit, trotzdem die katastrophale Verteuerung der Baustoffe eine stärkere Erwerbslosigkeit befürchten ließ. Vielfach konnten jedoch die im Bauberuf erwerbslos Gewordenen Arbeit in anderen Berufen finden, so besonders in der Bergwerksindustrie. Starkes Ansteigen der Erwerbslosigkeit zeigt das Nahrungsmittelgewerbe (4,0 auf 6,9 Proz.), so die Tabakarbeiter von 6,4 auf 10,7 Proz., Fleischer von 7,4 auf 8,1 Proz., Bäcker von 4,2 auf 7,0 Proz. Auch die graphische Industrie zeigt steigende Arbeitslosigkeit, insgesamt von 2,6 auf 3,9 Proz., davon Buchdrucker von 4 auf 5,8 Proz., Lithographen von 1,1 auf 3,1 Proz. Beachtlich ist, daß auch im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Zahl der Arbeitslosen von 0,6 auf 1,4 Proz. stieg.

Nach den Vergleichszahlen der Vorkriegszeit zeigt der Spätherbst immer ein Abflauen der Beschäftigung, meist allerdings erst in den Novemberzahlen. Abgesehen von der krisenhaften Arbeitslosigkeit in einigen Berufen, wie Nahrungsmittel, Buchdruck u. dgl. lassen die Oktoberzahlen noch keinen bestimmten Rückschluß auf eine unmittelbare bevorstehende stärkere Krise auf dem Arbeitsmarkt zu. Dazu bedarf es erst der Zahlen für November und Dezember. Soweit neuere Zahlen einzelner Verbände vorliegen, die bereits die Arbeitsmarktlage für Ende November zeigen, sind diese noch zu vereinzelt, um einen Schluß auf die Gesamtlage zuzulassen; sie beweisen sogar noch eine Stabilität der betreffenden Industrien, wie solche kaum zu erwarten war. Aber das Bild scheint zu trügen. Einmal hat der bis in die letzten Monate stark angespannte Arbeitsmarkt zunächst zahlreiche Kräfte abgestoßen, die nicht in der Arbeitslosenstatistik in vollem Umfang erscheinen (Doppelbeschäftigung, erwerbstätige Ehefrauen u. dgl.), weiter ist durch Kurzarbeit und Wegfall von Ueberstunden eine Arbeitskräftigung eingetreten. Jedenfalls verlangt der Arbeitsmarkt die Aufmerksamkeit aller betreuenden Instanzen, damit sofort alle Vorbereitungen getroffen werden, um sicher zu erwartende größere Arbeitslosigkeit aufzufangen. Dahin gehört vor allem sofortige Bereitstellung der aus den Verkehrsbetrieben und öffentlichen Anstalten anfallenden Arbeiten und weitere Inbetriebsetzung öffentlicher Notstandsarbeiten, die in den letzten Monaten genügend vorgearbeitet werden sollten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Preisbewegung geht im Eiltempo aufwärts. Die Lebenshaltungskosten sind nach den Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes um 102,2 Proz. im November gegenüber dem Vormonat gestiegen. Dabei ist an einen Stillstand gar nicht zu denken, denn die Großhandelspreise eilen dem Kleinhandel weit voraus. Im Großhandel ist das Preisniveau im Vergleich zum Jahre 1913 auf das 165fache gestiegen. Bemerkenswert ist, das nach den Ermittlungen der „Frankfurter Zeitung“ noch immer eine erhebliche Spanne besteht zwischen den Preisen der Waren, die vom Ausland herbeikommen und denen, die aus inländischen Rohstoffen und im Inland erzeugt sind. Während der Preis der Inlandswaren im November das 120fache der Vorkriegszeit erreichte, standen die Auslandswaren beim 189fachen. Je mehr wir aber in diese zugewiesene Preiskategorie hineingeraten, um so näher kommen wir den Auslandspreisen und folgen dem steigenden Dollarkurs.

So sind wir noch nicht am Ende der Preisbewegung, vielmehr haben wir damit zu rechnen, daß es weiter aufwärts geht. Die Börse ist ganz auf diese Bewegung eingestellt, die Industriepapiere haben Sprünge gemacht, die alles in den Schatten stellen, was jemals in wilder Spekulation sich ausleben konnte. Allerdings rechnet man uns wieder vor, wie gering die Verzinsung der Papiere gemessen an dem Kursstand aber gar in Gold umgerechnet ist; aber man verzweifelt, wieviel an Kursgewinnen die Besitzer beim Realisieren dieser Werte einheimen; ganz abgesehen von den Zuwendungen an die Aktionäre, die neben der Dividendenausüttung noch in Frage kommen. Außerdem ist diesem Bereich, die Erträge aus Kapitalvermögen zu verschleiern, doch entgegengehalten worden, daß ja der Kurs der Papiere im freien An- und Verkauf bestimmt wird, und die Interessenten doch eine andere Wertsetzung vornehmen, als die dienstbefähigte Handelspreise es uns vorrechnen. Bei vielen Untersuchungen sind die Preise schneller fortgelaufen als die Löhne und Geschäftskosten nachkommen konnten, und die Spekulation kalkuliert durchaus zutreffend, daß man mehr auf größere Gewinne zu rechnen ist. Das ist mit einer der Ursachen der triebene Kurs der Industriepapiere hat zur Folge, daß die Leitung des Unternehmens auf größere Gewinne bedacht ist.

Wir wären in der Lage, unsere Inlandspreise weit unter dem Weltmarktniveau zu halten, wenn allgemein die Mäßigung vorhanden wäre, die heute dem Arbeiter in seinen Ansprüchen auferlegt wird. Ein krasses Beispiel dafür bietet die Preispolitik des Stahlverbandes. Mitte November betrug der Preis für Stabeisen 203 000 Mk. die Tonne; am 1. Dezember wurde er auf 243 000 Mk. heraufgesetzt und erreichte damit das 250fache der Vorkriegszeit. Die Lothringer Werke gaben zu gleicher Zeit Stabeisen mit 440 Frank ab; ein Preis, der ungefähr 242 000 Mk. entspricht. Somit stand unser Preis schon über dem Weltmarktpreis, obwohl die Löhne noch nicht die Hälfte derjenigen im Ausland betragen. Auch gemessen am Stand des Dollars ergibt sich, daß der Preis für Stabeisen schon einem Dollarstand von 10 000 entspricht. Natürlich kommt dieser Ueberpreis den Werken zugute, die in letzter Zeit eine sehr schöne Kursbewegung ihrer Aktien wahrnehmen konnten.

Haben wir es nun mit Unternehmungen zu tun, deren Preisbewegungen unter einem Zwange stehen, so wird die Wertbemessung auf einen gewissen Tiefstand gehalten. Da wird uns nun aus kapitalistischen Interessentkreisen gesagt, wir verschleudern Substanz der deutschen Volkswirtschaft nach dem Ausland, da wir zu billig verkaufen. Weshalb verkauft die deutsche Industrie so billig nach dem Ausland? Weshalb hat sie nicht die Außenhandelskontrolle so ausgebaut, daß die Preisunterbietungen vermieden werden und nicht fortgesetzt das Ausland zu einer Heraushebung der Einfuhrzölle greift? Weil es diesen Kreisen an allem volkswirtschaftlichen Fernblick fehlt, nur das enge unmittelbare eigennützige Interesse ist entscheidend für sie. Nur durch billige Preise die Konkurrenz niederschlagen, das sind die Geschäftspraktiken, mit denen man früher gewirtschaftet hat und die gegenwärtig bei den Valutadifferenzen mit wenig Geschick fortgesetzt werden können. Der Erfolg ist, daß der Gewinn aus der deutschen Ausfuhr zu einem erheblichen Teil dem Ausland in Gestalt von erhöhten Zolleinnahmen zugute kommt.

Man fleischt heute um eine Ausfuhrabgabe von 2 bis 3 Proz. und bringt mit den fadensteinsten Beweismitteln die Klage vor, daß bei diesen Abgaben die Industrie nicht mehr exportieren kann. Ein offener Schwindel, denn bei einem so rapid fallenden Wert der Mark wächst der Gewinn an der Ausfuhr in einem Maße, daß die Ausfuhrabgabe jede Bedeutung verliert. Keine Industrie kalkuliert heute mit Differenzen von 2 bis 3 Proz. Die Arbeitervertretung in den Außenhandelsstellen muß mit aller Entschiedenheit dagegen auftreten, daß sie dazu benutzt wird, ihre Zustimmung zur Ermäßigung oder gar Aufhebung der Ausfuhrabgabe zu geben. Es handelt sich in all den Fällen um nichts anderes als darum, eine Abgabe los zu werden, die Industrie und Handel nicht zahlen will; von einem Nichtzahlenden kann keine Rede sein.

Eine ganz eigenartige Entwicklung zeigt gegenwärtig der Grundstücksmarkt. Durch die Zwangsmaßnahmen sind die Preise der Grundstücke niedrig gehalten. Durch das neue Mietgesetz zeigt sich eine lebhaftere Bewegung aufwärts und ein Verkauf von Grundstücken in einem Umfang, der überraschen muß. Man behauptet, vom Ausland werden Miethäuser aufgekauft. Das wird zutreffen, bei einem Dollarkurs von 8000 kauft der Ausländer ein 2-Millionen-Objekt für ungefähr 250 Dollar. Und dennoch wird er für dieses Geld keine Verzinsung erlangen, denn die Mieten sind für einen solchen Kaufpreis viel zu niedrig. Es wird also der Ausländer und auch mancher Käufer im Inland damit rechnen, daß wohl bald mit einer weiteren Lockerung der Zwangswirtschaft zu rechnen ist. Dann wäre aus der Sache ein Geschäft zu machen. Den großen Lärm, daß die Ausländer den städtischen Grundbesitz aufkaufen, sollte man nicht allzu tragisch nehmen. Wir brauchen ausländisches Kapital, und im übrigen können die Ausländer Grundbesitz und Häuser nicht nach dem Ausland hinausnehmen. Wir sollten uns nur hüten, die Zwangswirtschaft weiter zu lockern; im Gegenteil, es muß für die Instandhaltung der Häuser ein Betrag sichergestellt werden aus der Miete, und die Rechte der Mieter erweitert werden, dann mögen die Ausländer unseren Grundbesitz aufkaufen.

Auch im Effektenmarkt sollen die Ausländer umfangreiche Käufe vornehmen, der Anreiz dazu liegt im Stand des Dollars und englischen Pfunds; deutsche Aktien werden trotz des hohen Kursstandes billig aufgekauft. Dieser Vorgang ist bedenklich, da wir immer mehr nach dem Ausland verschulden. Aber es liegt nahe zu fragen, ob nicht durch diesen starken Verkauf deutscher Werte unsere Zahlungsbilanz eine solche Erleichterung findet, daß ganz automatisch eine Besserung der Mark in die Erscheinung treten müßte. Da nun gerade das Gegenteil eingetreten ist, muß man annehmen, daß das fremde Kapital in deutschem Besitz festgehalten wird und nicht in den Verkehr kommt. Es werden die fremden Zahlungsmittel gehamstert. Besteht nun beim Reichswirtschaftsministerium die Absicht, die Devisenordnung aufzuheben, so würde der Weg freigemacht für ein ganz unkontrollierbares Aufkaufen und für das weitere Einbringen fremder Zahlungsmittel in den inländischen Verkehr. Die Folge müßte sein, daß der Zustrom zum

Devisenmarkt abermals zunimmt und weiter die Marktgeworfen wird.

Wie recht übrigens das vorausgegangene Wirtschaftsministerium hatte mit dem Vorschlag, ein wertbeständiges Papier in der heimischen Wälua zu schaffen, ist in der letzten Rundschau an einigen Beispielen des In- und Auslandes gezeigt. Nunmehr sind auch Polen und einige Randstaaten im Osten in gleicher Weise zur Herausgabe eines wertbeständigen Papiers übergegangen. Polen gibt Goldanweisungen heraus und eröffnet in seiner Darlehnskasse eine Anlage in Golddepots. Natürlich wird hier Gold, wie es auch in Deutschland eingeführt werden sollte, in Papierzahlung umgerechnet. Der Zweck einer solchen Anlage ist, für das Sparrkapital eine sichere Anlage zu schaffen und das Publikum von der Spekulation abzuhalten. Wenn die Leitung der deutschen Reichsbank nicht einen finanztechnisch so rückständigen Standpunkt einnähme, wären wir mit diesen währungstechnischen Maßnahmen vorgegangen und hätten dem Ausland das Beispiel gegeben, daß wir aus eigenen Kräften versuchen, dem Finanzelen Einhalt zu gebieten. Allerdings das Finanzkapital in Deutschland geht andere Wege, und der Einfluß dieser Kreise ist leider so groß, daß das Allgemeininteresse zum Schweigen gebracht wird.

Zahlen des Elends.

In allen Teilen Deutschlands entwickelt sich ein immer herbergreifenderes Bild der Kindnot und Kindersterblichkeit, das auf die qualitativ und quantitativ unzureichende Ernährung zurückgeht. Die Kinder werden die Opfer der kapitalistischen Verteuerung der Nahrungsmittel, der Verteuerung der Kohle, der Verteuerung der Bekleidung und Bekleidung. Im Westen und Osten, im Norden und Süden, in der Großstadt und auf dem Lande, überall, wo systematische Feststellungen stattfanden, stellt sich ein rapides Zurückgehen der Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder und Säuglinge unter den Stand der Vorkriegszeit heraus. Die darüber erfolgenden, jetzt nicht mehr abbrechenden Veröffentlichungen sind geradezu beängstigend. Der Geschäftsbericht der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 besagt, daß diese stark abwärtsführende Tendenz schon seit längerem begann. Schon im vorigen Jahr sind von den in Krankenhausbehandlung gegebenen Kleinkindern mehr als 30 Prozent am ersten Tage, mehr als 40 Prozent in den ersten drei Tagen gestorben. Die Verteuerung dieser Kinder war bereits so weit fortgeschritten, daß die ärztliche Mühe erfolglos blieb. Die zu späte Einlieferung der Kinder ins Krankenhaus aber hat sicher einen Hauptgrund darin, daß großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung und den nicht wohlhabenden Teilen des Mittelstandes die Kosten der Krankenhausbehandlung so schwer fallen oder gar unerschwinglich sind. Aus den Berichten der Schulärzte und Schulleiter in der Amtshauptmannschaft Dresden ergibt sich, daß von 14 600 Schulkindern 834 unterernährt, darunter 2849 schwer unterernährt sind und daß von den vorjährigen Schulanfängern 52 Prozent (gegenüber 32 Prozent im Jahre 1913) in ärztliche Behandlung verwiesen wurden. 50 bis 60 Prozent der Schulkinder des Bezirks sind am Leben bedroht oder in der gesundheitlichen Entwicklung schwer gehemmt. In Thüringer Bezirken sieht es trostlos aus. Von dort wurden in Waltershausen von 1360 Kindern 716 als unterernährt gemeldet, in Friedrichroda von 700 Kindern 312 unterernährte; in Zella-Mehlis sind von 1500 Kindern nur 150 nicht unterernährt; in Gotha sind 40 Prozent, in Ruhla 70 (!) Prozent der Kinder unterernährt; in Sondershausen sind 49 Prozent Kinder krank, in Unterweißbach 40 Prozent Kinder tuberkulös (!); im Bezirk Ohrdruf ist die Kindersterblichkeit im Jahre 1921 fünfmal (!) höher als im Jahre 1913 gewesen. Im Meuselwitzer Braunkohlenrevier sind 75 Prozent der Kinder unterernährt, darunter 50 Prozent schwer unterernährt, weitere 19 Prozent sind gänzlich heruntergekommen, nur 6 Prozent aller Kinder sind gesundheitlich normal.

In Berlin, so berichtete die Presse, sind nach den Angaben des Oberbürgermeisters 80 Prozent Kinder unterernährt, 50 Prozent tuberkulös (!). Und Zustände ähnlicher Art berichtet die Presse aus Erfurt, Chemnitz, Leipzig, Karlsruhe, München, Hof, Barmen, Danzig, aus allen Richtungen der Windrose. In der Mädchenschule einer Kölner Volksschule, so wird berichtet, entdeckte eine Lehrerin, daß von 42 Kindern nur sieben ein Hemd trugen. Als ein neues Hungerzeichen bei den Kindern stellt ein Arzt in der „Nürnischen Wochenchrift“ jetzt das häufige Auftreten von Frostfingern und Frostzehen fest, das er deshalb mit den schlechten Ernährungs- und Lebensverhältnissen in Verbindung bringt, weil er in den finanziell günstig stehenden Teilen der Bevölkerung bis jetzt keinen einzigen solchen Fall zu sehen bekam. Eine erschöpfende Zusammenstellung der bis jetzt bekannt gewordenen Angaben ginge über den Umfang eines Artikels weit hinaus.

Alle diese grausigen Erscheinungen aber, die die denkenden und fühlenden und vor allem die davon betroffenen Volkskreise tief ergreifen und beängstigen, gehen darauf zurück, daß es in furchtbar vielen Familien fehlt an der nötigen Wärme, Bekleidung und Bekleidung, an gut durchwärmter und ausgeglichener Bekleidung, an Fleisch, Fett, Butter, Zucker, Eiern, und für die Kinder vor allem an Milch. Vor dem Kriege kamen in Deutschland 133 Liter Vollmilch im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung; heute nur noch 64. Kein Wunder: Wir lasen in den letzten Wochen von Milchpreisen von 100 Mk. das Liter aus Halle, von 125 Mk. aus Münster, von 144 Mk. aus Lübeck, von 170 Mk. aus Kiel und aus Berlin usw. Wir lasen von einem Butterpreis von 1560 Mk. aus Hamburg. Wir haben einen Brotpreis von 300 Mk. für das nicht ganz vierpfündige Markenbrot und von nächstens vielleicht 600 Mk. für das zweipfündige markenfreie Brot in Berlin. Und wir haben nach Mitteilungen aus dem Reichsernährungsministerium die Aussicht, Ende Januar kein einheimisches Brotgetreide, greißbar zum Baden, mehr zu haben,

weil die Agrarier in der sicheren Erwartung noch höherer Getreidepreise die gesetzlich vorgeschriebenen Mengen Umlagegetreide auch nicht annähernd voll abliefern und von der Regierung die Herabsetzung der Umlagemenge und die Gewährung der Marktpreise verlangen, und weil wir Goldgeld zur Heranschaffung von Zustandsgetreide kaum haben. Wir haben in diesem Jahre eine glänzende Kartoffelernte, aber die Kartoffelpreise steigen. Wir haben ein paar Millionen deutsche Familien, die sich unter der Kohlentenerung nicht genügend Kohle zur Durchwärmung ihrer Wohnung kaufen können, die deshalb frieren, unter denen zahlreiche Angehörige sich erkälten, ernsthaft erkranken und sterben, aber die Entente drückt uns die Faust an die Kehle und verlangt Ablieferung von mehr Kohle. Wir vernahmen aus Amerika daß man dort zeitweise mit Mais heizt, weil das Getreide aus Ueberfluß verfaulen würde und billiger ist als Kohle. Wir vernahmen, daß man dort Milch ins Meer gießt und daß die Herdenbesitzer in Argentinien von großer Mengen Vieh nur das Fell verwerten, weil man kein Interesse daran hat, mit dem Ueberfluß an Milch und Fleisch die Preise zu verringern und auch uns, bei unserer schlechten Wäluuta, jene Dinge zukommen zu lassen.

Doch warum sich ereifern gegen Maßnahmen der Entente und Praktiken des ausländischen Kapitals und nach dorthin um Humanität ausschauen, da man von dorthin doch nur zu gut weiß und sieht, daß man in unserem verzweiflungsvoll kämpfenden Lande selbst, daß man in all seiner stöhnenden Not Humanität und Sozialgefühl so beschämend vermissen ließ. Daß so hart, wie nur je die Entente es tut, auch Deutsche die Deutschen bedrücken: Das Wuchergeschmeiß aller Schattierungen, die Verschleber- und Kettenhändler, und in einer Reihe mit ihnen die Landwirtschaft, die gleich jenen auch unter Krieg und Blockade keinen Opfermann aufbrachte, die sich selten satt — ah, ihre Hypotheken und sonstigen Schulden abließ und noch immerfort so ungeheuer verdient, daß sie in den Läden der Stadt die Aussteuer für ihren jüngsten Nachwuchs und die Särge für die Alten auf Vorrat kauft.

Soll man jenen, die auf die Revolution und die Entente schimpfen, Worte von Vaterland und Patriotismus predigen? Soll man ihnen, die auf den Nazarener schwören und doch nicht im geringsten sein Wort beachten: „Was du dem geringsten meiner Brüder getan, das hast du mir getan“, innere Einkehr, Barmherzigkeit predigen? „Der Mensch sei dem Menschen heilig“, so heißt es beim altheidnischen Philosophen Seneca. Jenen „Christen“ blieb solcher Christusgeist zu fremd als daß sie durch eine Predigt über ihn von ihrem Egoismus abließen. Gegen sie ist Kampf vorwärts. Wie weit auch Behörden, wenn der notwendige Wille da ist, skandalöse Preisauswüchse bekämpfen können, beweist eine Verordnung Kosses, durch die sich in Hannover ein Kleinhandelspreis für Milch von 63 Mk. zu derselben Zeit gestaltete, als aus Halle, Münster, Lübeck, Kiel, Hamburg, Berlin, die schon erwähnten Preise von weit über 100 bis zu 170 Mk. gemeldet wurden. Alle in Betracht kommenden Behörden, die Regierung, indem sie fleißig auf das Verhängnisvolle der Nutsche und Krawalle hinweisen, mögen mit gleichem Fleiß nicht vergessen, dem schon um sich greifenden Wesen der Teuerungsdemonstrationen und Tumulte durch scharfes Vorgehen gegen die Räuberei und den Rindermord der raffenden Händler und Produzenten zu begegnen. Wenn sie aufschreien über Eingriffe in das geheiligte Eigentum, erwidere man ihnen mit Robespierre: „Ich fordere den gewissenhaftesten Verteidiger des Eigentums auf, zu erklären, daß er unter diesem Worte das Recht versteht, seine Mitmenschen auszuplündern und zu morden“.

Gefahren der Goldpreise.

Die deutsche Industrie sucht in immer zunehmendem Maße der Kalkulation in Papiermark zu entrinnen. Die Papiermark mit ihrer Wertunbeständigkeit ist in der Lage — das merken wir als Lohn- und Gehaltsempfänger alle — ein höchst unzuverlässiger Wertmesser. Und außerdem hat sie den Nachteil, daß sie nicht geeignet ist, den ihr heute innewohnenden Wert auch bis morgen und übermorgen sicher aufzuspeichern. In der deutschen Wirtschaft ist darum noch bis vor kurzem auch da, wo keine ausländischen Rohstoffe in Frage kamen, in zunehmendem Maße die Kalkulation auf der Dollarbasis eingeführt worden. Durch die Devisenverordnung ist diesem Zustand ein Ende bereitet worden. Ein Teil der Industrie hat sich den Ausweg gesucht, nunmehr in Goldmark zu fakturieren. Der überwiegende Teil der Preisverbände arbeitet heute noch mit Papiermarktpreisen, die er in kürzeren Zeitabständen durch große prozentuale Zuschläge erhöht. Aber vielleicht dauert es nicht mehr sehr lange, wird der nur noch nach Goldmark rechnende Teil der Industrie die Mehrheit bilden. Jeden Tag kann man aus der Zeitung entnehmen, daß wieder neue Preiskartelle zur Preisberechnung in Goldmark übergegangen sind.

Diese Preisgebung in Goldmark, diese Berechnung von Produkten, die im wesentlichen aus Papiermarktkosten bestehen, weil ja die Löhne und Gehälter in Papiermark gezahlt werden und außerdem ein sehr großer Teil der Waren- und sonstigen Betriebsunkosten, ist für den einzelnen wirtschaftlich sicherlich sehr vorteilhaft, ist aber für die Gesamtwirtschaft und für die soziale Lebenslage der breiten Masse des Volkes höchst bedenklich. Da wir keine wirkliche Goldmark haben, erfolgt die Berechnung der Goldmark auf der Grundlage irgendeiner fremden Edelmetalle, in der Regel auf der des Dollars. Diese Goldmark ist also in Wirklichkeit immer ungefähr ein Vierteldollar. Die Goldmarkfakturierung ist daher nur eine verschleierte Dollarfakturierung.

Die Leistungen Deutschlands an die Entente werden nach Goldmark bemessen. Die deutschen Leistungen gehen ans Ausland, und für das Ausland ist es selbstverständlich, daß es sich nicht variable Papierwerte, sondern Devisen oder feste Sachwerte bezahlen läßt. Das gilt auch für den Einkauf ausländischer Waren. Im Innern Deutschlands jedoch hat diese Goldmark einen ganz anderen Sachwert als im Ausland. Für das Ausland ist Goldmark und Sachmark ein einheitlicher Begriff, nicht jedoch für das Inland. Die Goldmark auf Grund der ausländischen Währung kauft bei dem gegenwärtigen Dollarkurs und bei den gegenwärtigen Kleinhandelspreisen etwa fünfmal mehr als mit einer Friedensmark in Deutschland gekauft werden könnte. Nach

dem Großhandelsindex des Reiches kauft sie eine um mehr als dreimal größere Menge als im Frieden. Bei dem gegenwärtigen Wäluutaftand ergibt sich folgendes Bild:

- 1,0 Sachmark im Auslande,
- 4,0 Sachmark im deutschen Kleinhandel,
- 1,8 Sachmark im deutschen Großhandel,
- 2,0 Sachmark nach den Goldmarkkaufpreisen der Reichsbank.

Von der Seite des Auslandes her gesehen, ist der Begriff Goldmark absolut klar, vom Innern betrachtet und auf die Kaufkraft eines goldenen Zwanzigmarkstückes auf den inneren Markt bezogen, ist er keineswegs klar.

Durch die zunehmende Goldmarkfakturierung findet allmählich eine dauernde Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise statt. Wenn die Industrie in Goldfakturiert, kann der Großhandel, der diese Waren zum Goldkurs erstehen muß, nicht anders, als ebenfalls allmählich von der Papiermark zur Goldmark umzufaktieren. Dann müssen aber auch die Kleinhändler diesem System der Preisberechnung folgen, und da das große Käuferpublikum nicht Goldmark oder Auslandsvaluta, sondern Papiermark in der Hand hat, muß ein Gefahrenmoment von größter Tragweite entstehen. Die Papiermark muß nämlich jede kleinste Sicherheit ihrer Kaufkraft einbüßen. Die Veränderungen der Wäluaturs müssen sich naturgemäß dann auch im stärksten Maße in den Kleinhandelspreisen geltend machen, und das Käuferpublikum weiß noch viel weniger als heute, wenn es mit einer Summe von Papiermark zum Einkauf geht, wieviel es dafür erhalten wird.

Die Reichsregierung sollte der Goldmarkfakturierung, die jetzt immer mehr um sich greift, ernsteste Aufmerksamkeit widmen. Denn es ist ganz klar, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger dann zum Schutze ihrer nackten Existenz gezwungen werden, auch auf Goldlöhne zu drängen, das heißt Goldlöhne, die sich nach dem jeweiligen Wäluaturs bemessen, der aber innerhalb der Lohnzahlungsperioden bekanntlich fortwährenden Veränderungen unterworfen ist. Goldmarkpreise ziehen Goldmarklöhne nach sich. Da wir aber keine wirkliche Goldmark haben, sondern nur Papiermark, mit denen gezahlt wird, wird der Festbeldete dennoch immer der Geschädigte sein, weil er die für die errechnete Goldmarksumme errechnete Papiermark auf die ganze folgende Lohnperiode verteilen muß und dann doch nicht die Gewähr hat, daß er damit so viel kaufen kann, wie er am Lohnzahlungstage dafür erhalten hätte. Bei allgemeiner Goldberechnung muß naturgemäß die Papiermark noch weniger wertbeständig werden, als es gegenwärtig schon der Fall ist. Die Folge ist eine fortwährende Beunruhigung und Erregung der Masse des Volkes.

Wirtschaftlich muß uns die Kalkulation auf der Goldmarkbasis in eine schwere Krise führen. Der deutsche Industrieapparat hat nicht im gleichen Schritt wie der ausländische sich modernisieren können. Er ist deswegen bei der Einführung der Goldrechnung der gegenwärtigen Zeit nicht in der Lage, der auswärtigen Konkurrenz widerstehen zu können und den gegenwärtigen Umfang des deutschen Außenhandels aufrechtzuerhalten.

Die Goldmarkfakturierung unterscheidet sich praktisch kaum von der Fakturierung in Auslandsvaluta. Die zu erwartenden Schäden und Schwierigkeiten sind nicht geringer. Es wird deswegen gut sein, wenn man die unheilvolle Entwicklung bald erkennt und rasch die Maßnahmen trifft, die geeignet sind, sie aufzuhalten: nämlich das Verbot der Goldmarkfakturierung, wo nicht die Rohstoffbeschaffung oder ähnliche zwingende Notwendigkeiten sie unbedingt nötig machen.

Auch ein Zeichen der Zeit.

Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse mit ihren Begleiterscheinungen dürften zweifellos ihre Schattenseiten auf alle Volksschichten werfen. Mit sehr wenigen Ausnahmen einer kleinen Gruppe Schieber und sonstiger Elemente, die dem Volksganzen überhaupt noch keinen Nutzen brachten, dürfte alles unter den gegebenen Verhältnissen schwer zu leiden haben. Wenn nun durch den Druck dieser Verhältnisse (die Gründe, wie sie entstanden, gehören längst vergangenen Zeiten an) jedermann verpflichtet ist, sich den Verhältnissen zu fügen, um nicht durch künstlich erzeugte Unzufriedenheit die gegenwärtige Situation zu verschlechtern, so dürfte die Arbeiterschaft durch das eingetragene Pflichtbewußtsein in dieser Beziehung zweifellos Großes geleistet haben. Bewiesen durch die zu Tage getretene Geduld und Gelassenheit, mit denen der einzelne Arbeiter seine tägliche Arbeitslast auf sich nimmt, denn die Löhne der heutigen Zeit reichen kaum zum Lebensunterhalt des einzelnen, viel weniger geben sie dem Familienvater von Frau und 3 Kindern die Möglichkeit, bei der gegenwärtigen furchtbaren Teuerung sich redlich durchzubringen.

Um so unbegreiflicher dürfte es sein, wenn dieses Pflichtbewußtsein der Arbeiter durch Nachlässigkeiten einzelner Arbeitgeber getrübt wird, deren Pflichtbewußtsein es sein müßte, Vorkommnisse, die sich als Härten dem Arbeiter gegenüber zeigen könnten, zu vermeiden zu suchen. Trifft dieses erfreulicherweise bei einem größeren Teil Arbeitgeber zu, so gibt es aber, wie bei allen Gelegenheiten, einzelne, die sich der schweren wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer gegenüber recht kühl verhalten und versuchen, gestützt auf ihre alte um Jahrzehnte zurückliegende Gesplogenheiten, in den Fußstapfen ihrer Väter weiter zu wandeln. Folgender Fall dürfte besonders charakteristisch sein: Die Betriebsleitung der Brauerei V. Schönberger & Söhne, Groß-Biberau, ist schon seit Jahren bestrebt, nur unorganisierte Arbeiter zu beschäftigen, wogegen von der in Frage kommenden Organisation nichts einzuwenden ist, denn die dort in Arbeit tretenden Arbeiter konnten immer wieder, nachdem sie kurze Zeit bei Herrn Schönberger in Arbeit standen, der Organisation als Mitglied zugeführt werden; dafür sorgt schon Herr Schönberger als einer von den vielen, die den laut Tarifvertrag festgesetzten Lohn zu umgehen suchen. Trotz dieser für die Organisation zweifellos nicht einwandfreien Handlungsweise würde die Deffentlichkeit nicht in Anspruch genommen sein, wenn sich in den letzten Wochen und Tagen nicht Fälle ereignet hätten, die über den Rahmen des Erträglichen hinausgehen dürften. Vor einigen Wochen wurde ein Brauer zur Arbeit angenommen, der schon eine längere „Praxis“ hinter sich

hat und durch die gegebenen Verhältnisse in der alkohol-erzeugenden Industrie für längere Zeit mit der Landstraße bekannt wurde. Hatte der betreffende Kollege in den ersten Tagen seines Arbeitsverhältnisses nicht zu klagen über die Behandlung usw., so erachtete er aber den zur Auszahlung gelangten Lohn als zu niedrig und wollte sich aus diesem Grunde bei dem Buchhalter nach dem Lohn sowie nach den gesetzlichen Abzügen für Steuer, Krankentasse usw. erkundigen. Bei dieser Gelegenheit kam zufällig (oder auch nicht zufällig) Herr Schönberger dazu und erklärte, resp. schrie den Arbeiter an mit den Worten: „Sie haben sich überhaupt nicht zu erkundigen; mir ist es lieber, wenn Sie die Arbeitsstelle sofort verlassen. Ich zahle überhaupt keinen Tariflohn.“ Der Arbeiter, der angenommen hatte, er würde für den kommenden Winter die Schreden der Landstraße nicht durchzukosten haben, war wieder auf die Landstraße gesetzt. Ähnlich war es bei früheren derartigen Fällen: Beanspruchte der Arbeiter, was ihm laut Tarifvertrag zustand, so war es um ihn gekommen, er mußte über kurz oder lang seine Arbeitsstelle quittieren.

Der ganzen Sache wurde aber in den letzten Tagen die Krone aufgesetzt, indem, wie durch Veranlassung bei dem bereits geschilderten Falle, ein alter in dem Betriebe ergrauter Heizer, der schon seit 1885 mit kleiner Unterbrechung (Militärdienstzeit) dort beschäftigt war, auf die Straße gesetzt wurde.

So sind die Geschäftspraktiken dieses Herrn. So wird das Bestreben: Nur die Arbeit kann uns retten“, gefördert. Dementsprechend dürfte auch das weitere Verhalten des Herrn Schönberger zu bewerten sein, denn er versucht, die ihm verhafteten „Organisierten“ in seinem Betrieb ganz auszurotten. Er beschäftigt gegenwärtig nur noch sogenannte „Praktikanten“ und einen Gastwirt aus Groß-Biberau, der früher als Brauer bei ihm beschäftigt war. Der Betreffende macht den Rausreißer, obwohl ihm die oben geschilderten Verhältnisse bekannt sein müssen. Das Urteil über derartiges Verhalten kann ruhig der Deffentlichkeit überlassen werden.

J. Sch., D.

Bewegungen im Berufe.

Brennereien, Hefefabriken, Weinbetriebe, Destillationen.

Krakow i. Medlbg. Lohnpolitik der Reichsmonopolverwaltung. Die Kollegen der Reichsmonopolverwaltung Abt. Krakow haben die Arbeit niedergelegt, nachdem ihre Gebuld bezüglich der Lohnregulierung allzusehr in Anspruch genommen wurde. Nicht nur bei der Lohnregulierung, sondern bei der Entlohnung überhaupt. Was sagt man zu diesen Hungerlöhnen, die bis zum 4. Dezember, dem Tag des Streikbeginns gezahlt wurden: von den männlichen Beschäftigten erhielten drei je 326 Mk., einer 459 Mk., 22 je 550 Mk. Die weiblichen Beschäftigten, 27 an der Zahl, 370 Mk. pro Tag; man übersehe es nicht, der Verdienst gilt für einen Tag im Dezember 1922. Die meisten Beschäftigten sind verheiratet und haben Kinder, sogar bis zu sechs. Versteht man in der Reichsmonopolverwaltung, was dieser Lohn im Dezember 1922 bedeutet? Doch die Betriebsleitung hat ja verhandelt wegen Lohnzulage, schon seit Oktober, d. h. nicht die Betriebsleitung, sondern der Arbeitgeberverband, den die Betriebsleitung vorzuzieht. 100 Proz. auf die Oktoberlöhne wurden gefordert, der Arbeitgeberverband bot 35 Proz. ab 1. November und weitere 20 Proz. ab 16. November. Das wurde erklärlicherweise von den Arbeitern abgelehnt und der Schlichtungsausschuß angerufen, dessen Schiedsspruch lautete: vom 1. November 50 Proz., vom 15. November weitere 35 Proz. Um zum Ende zu kommen, nahmen die Arbeiter den Schiedsspruch an, der Arbeitgeberverband nicht. Aber die Arbeiter wurden von Tag zu Tag verkräftet, bis sie am Freitag, den 1. Dezember, durch die Presse erfuhren, daß der Arbeitgeberverband den Schiedsspruch abgelehnt habe. Bis dahin hat man sie im unklaren gelassen und mit dem Hungerlohn weiter abgepeißt. Die Arbeiter wollten sofort die Arbeit niederlegen, doch versprach die Betriebsleitung, daß am nächsten Tage, Sonnabend, der 2. Dezember, der Bescheid von der Zentrale Berlin über den Schiedsspruch kommen werde. Am Sonnabend war ein Schreiben von der Zentrale Berlin da, aber den Inhalt konnte man angeblich den Beschäftigten nicht mitteilen; sie sollten warten bis zum Montag. Am Montag, den 4. Dezember, wurde ihnen erklärt, sie sollten erst den Bescheid des Demobilisierungskommissars abwarten. Das war den Arbeitern denn doch endlich zu dumm und legten sie die Arbeit nieder.

Ist das nicht ein Skandal!? 326 bis 550 Mk. Lohn pro Tag, dann vom Oktober bis 4. Dezember über Lohnherhöhung verhandelt bzw. die Arbeiter hingelassen, weil den Scharfmachern am Orte, hinter welche sich die Monopolverwaltung versteckt, die durch Schiedsspruch festgesetzte Lohnzulage zu viel ist; eine Lohnzulage, die teils schon am 1. November, teils am 15. November gezahlt werden sollte! Wäre die Lohnzulage nach dem Schiedsspruch erfolgt, dann hätten die Arbeiter ab 1. November einen Lohn von täglich 489 bis 825 Mk. und ab 15. November von täglich 660 bis 1118 Mk. Will die Monopolverwaltung behaupten, daß dieser Lohn in der zweiten Hälfte des November ausreichte zum allernotdürftigsten Lebensunterhalt? Wie will sie aber außerdem die durch ihr Verschulden geschaffene Lastfrage rechtfertigen, daß die Beschäftigten bis zum 4. Dezember mit dem Hungerlohn von 326 bis 550 Mk. pro Tag abgepeißt wurden! Vom Arbeitgeberverband, von den Ausbeutern und Scharfmachern und ihren Haus- und Soldknechten erwarten wir kein Verständnis für die tatsächlichen Verhältnisse, wohl aber von der Reichsmonopolverwaltung!

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Rückgang des Bierkonsums. Die Einnahmen aus der Biersteuer sind in den letzten Monaten in steigendem Grade zurückgegangen. Sie haben betragen: Juli 86,2 Millionen Mark, August 82,0 Mill. Mk., September 74,4 Millionen Mark, Oktober 47,5 Mill. Mk. Nach dem Vorschlag, in den für das Rechnungsjahr 1922/23 1000 Mill. Mk. Biersteuer eingeführt ist, müßten für die sieben Monate April bis

